

Laibacher Zeitung.

Nr. 21.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. R. 11, halbj. R. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. R. 15, halbj. R. 7.50

Freitag, 26. Jänner

Insertionsgebühr für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 R.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesmal 50 kr.

1872.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben über Antrag des Ministers des kaiserlichen Hauses und des Außern mit Allerhöchster Entschliessung vom 10. Jänner d. J. allergnädigst zu ernennen geruht:

den bisherigen Gesandten in Dresden Grafen Ludwig Paar zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich dänischen Hofe; den bisherigen Gesandten in Stuttgart Otto Freiherrn von Walterskirchen zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich schwedischen Hofe; den bisherigen Gesandten in Athen Heinrich Ritter v. Haymerle zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich niederländischen Hofe; den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Freiherrn Hippolyt v. Sonnleithner zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am kaiserlich brasilianischen Hofe; den mit dem Titel und Charakter eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bekleideten Freiherrn Nikolaus v. Pottenburg zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich griechischen Hofe; ferner haben Se. Majestät den als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am großherzoglich badischen Hofe accreditirten Karl Pusterschmidt Ritter v. Harteinstein in gleicher Eigenschaft auch am königlich württembergischen und am großherzoglich hessischen Hofe mit dem Siege in Stuttgart; endlich den Legationsrath erster Kategorie Karl Freiherrn v. Frankenstein unter Verleihung des Titels und Charakters eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am königlichen Hofe in Dresden, dann bei den großherzoglich und herzoglich sächsischen Häusern zu beglaubigen geruht.

Der Handelsminister hat den Concipisten der kaiserlich-ländischen Finanzdirection Natale Ebner v. Ebenthal zum Concipisten bei der k. k. Seebörse in Triest ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Graf Andrássy und das katholisch-politische Casino.

Die „Correspondenz Schweizer“ bringt eine authentische Darstellung der Conversation Sr. Excellenz des Herrn Ministers des auswärtigen Amtes mit der Deputation des katholisch-politischen Casino der Wiedener Vorstadt in Wien. In der Erwägung, als diese Conversation auch für unsere geehrten Leser von Interesse sein dürfte, reproduciren wir diese Darstellung, und lassen dieselbe hier folgen:

„Der Redner der Deputation deutete an, daß er und seine Freunde die gegenwärtige Lage des heiligen Vaters in Rom für eine nicht länger erträgliche und sein Verbleiben daselbst für unhaltbar erachteten, da ihm die Sicherheit und die Möglichkeit zur Ausübung seiner geistlichen Regierung benommen sei. Der Sprecher betrieb sich hierbei vor Allem auf den bekannten Vorfall zwischen Cardinal Merode und einem italienischen Wachposten.

Graf Andrássy erwiderte, die italienische Regierung habe sich selbst beeilt, der Regierung Sr. Heiligkeit mit dem Ausdruck des Bedauerns bekannt zu geben, wie peinlich sie sich durch diesen unangenehmen Vorfall berührt fühlte. Mit dieser Erklärung und der strengen Bestrafung Derjenigen, deren Versehen jenen Vorfall verschuldet hatte, sei auch die päpstliche Regierung befriedigt gewesen und habe auch seitens Wissens über den unangenehmen Fall keine weiteren Reclamationen erhoben. Außerdem habe die italienische Regierung die Wachen, welche bloß Anfangs als Schutz gegen etwaige Demonstrationen des Pöbels auf Verlangen der päpstlichen Regierung aufgestellt worden, fortan zurückgezogen.

Auf die Bemerkung des Herrn Baron Stillsfried, daß also nanmehr der Vatican nach Zurückziehung der Wachen schutzlos dem Pöbel preisgegeben sei, erwiderte der Minister, dies sei doch nicht der Fall, es seien die Wachen bloß aus den inneren Theilen des Vaticans entfernt, die äußeren Posten hingegen seines Wissens den päpstlichen Wachen anvertraut.

Hierauf bemerkte der Sprecher der Deputation, der Papst sei, wenn er auch in seiner persönlichen Sicherheit allenfalls nicht gefährdet wäre, doch in der freien Ausübung seiner kirchlichen Rechte und Pflichten behindert.

Graf Andrássy erwiderte, er habe als Katolik und Minister eines apostolischen Monarchen für die persönliche Sicherheit des Papstes und dessen Freiheit in der Regierung der Kirche stets das lebhafteste Interesse gefühlt. Das Bestreben des auswärtigen Amtes ist in dieser Richtung gewesen, den Wirkungskreis allerjenigen katholischen Institute, die einen allgemein europäischen Charakter haben und durch deren Vermittlung der heilige Vater die Regierung der katholischen Kirche ausübt, ungeschmälert zu erhalten. Sr. Majestät auswärtiges Amt habe diesbezüglich der italienischen Regierung das Interesse offen dargelegt, welches wir an der Erhaltung dieser Institute nehmen, und können aus der freundschaftlichen Annahme, welche diese Erklärung gefunden, sowie aus der von der italienischen Regierung darauf erteilten Antwort schließen, daß die Berechtigung der von der österreichisch-ungarischen Regierung gemachten Vorstellungen vollkommen anerkannt werde, und daß dieselben eben in Folge der freundschaftlichen Beziehungen zu Italien, auf die auch wir großes Gewicht legen, von Erfolg begleitet sein werden.

Baron Stillsfried wendete hingegen ein, es seien dies eben Versprechungen, welche die italienische Regierung nicht halten werde, und führte als Beweis dafür, wie Sr. Heiligkeit in der Ausübung der kirchlichen Gewalt behindert sei, den Umstand an, daß die italienische Regierung den neu ernannten Bischöfen die Temporalien entzogen habe.

Der Herr Minister des Außern bemerkte hierauf, er fühle sich nicht berechtigt, von einer Regierung voranzusehen, daß sie ihr Versprechen unerfüllt lasse. Die italienische Regierung habe übrigens, wie er wisse, den neu ernannten Bischöfen nicht die Temporalien entzogen, sondern bloß das Verlangen gestellt, daß dieselben bei Antritt ihrer Diöcesen deren Uebernahme den Civilautoritäten einfach notificiren. Es entspreche, wie der Minister nebenbei bemerkte, dem besonderen Standpunkte der italienischen Regierung, dem Standpunkte der vollständigen Trennung der Kirche vom Staate, daß dort die einfache Notification genügen konnte, während beispielsweise in unserer Monarchie das Gesetz mehr verlangen würde. Er bemerkte dies nur beifällig, um klar zu machen, daß aus dem erwähnten Verlangen der italienischen Regierung kaum gefolgert werden könne, es werde dem heiligen Vater die Ausübung seiner geistlichen Rechte unmöglich gemacht. Es sei dies übrigens eine innere Angelegenheit Italiens, in welche wir uns nicht einzumengen hätten.

Hier bemerkte der Sprecher der Deputation, über den speciellen Fall hinweggehend, es sei überhaupt an eine Unabhängigkeit des Papstes nicht zu denken, insofern Rom von der italienischen Regierung occupirt und die Gewaltthat der Invasion nicht behoben sein werde. Der Redner deutete an, bis dahin sei eine wirkliche Verbesserung der Lage Sr. Heiligkeit nur so zu erwarten, wenn der heilige Vater bewogen würde, ein ihm angebotenes Asyl in einem katholischen Staate außerhalb Italiens anzunehmen.

Graf Andrássy entgegnete hierauf, er müsse die Herren darauf aufmerksam machen, daß die bewährtesten Rathgeber Sr. Heiligkeit nicht dieser Ansicht sind. Auch er müsse sich seinerseits zu der Anschauung bekennen, daß es keinen katholischen Staat gebe, der in der Lage wäre, dem heiligen Vater ein bleibendes Asyl zu gewähren, welches demselben im Interesse der katholischen Religion und zur Ausübung seiner geistlichen Macht auch nur jene Vortheile bieten könnte, welche ihm seine gegenwärtige Stellung in Rom gewährt. Was den anderen Theil der eben gehörten Aeußerung betreffe, so wüßten die Herren gewiß aus eigener Erfahrung, daß es keinen Souverän in Europa gibt, der von einem lebhafteren Gefühl der Pflicht durchdrungen wäre, als Se. Majestät unser allergnädigster Herr. Aus diesem Bewußtsein können die Herren volle Beruhigung darüber schöpfen, daß Se. Majestät gewiß in keinem Falle etwas unterlassen würden, was Ihm Seine Stellung als katholischer Souverän zur Pflicht machen sollte.

Aber die Herren werden begreifen, daß eben dieses Pflichtgefühl Sr. Majestät das Wohl Seiner Unterthanen und daher die Erhaltung des Friedens der Monarchie, welche die Vorsehung Ihm anvertraut, als Seine allererste Aufgabe erscheinen lasse. Was ihn, Sr. Maje-

stät Minister betreffe, so kennen die Herren sein Programm: es ist der Friede nach innen und außen; er könne daher den Anschauungen der Herren nicht beipflichten, und finde sich nicht berufen, von dieser Richtung abzugehen. „Sie wissen, meine Herren,“ fuhr der Minister ungefähr fort, „ich bin ein Freund der klaren Situationen. Ihre Vorstellungen werden nur dann klar, wenn sie in einen praktischen Vorschlag auslaufen. Erlauben Sie mir daher, daß ich bezüglich dessen, was Sie von der Occupation gesagt, die praktische Frage an Sie richte: Sind Sie der Meinung, daß es unsere Aufgabe wäre, nach Italien einzumarschiren?“

Der Sprecher der Deputation erwiderte, daß es über die Grenzen seiner Aufgabe gehe, sich über eine solche Frage zu äußern, worauf Graf Andrássy bemerkte, die Kritik sei eben hier leichter, als positive Vorschläge, womit er übrigens den Herren keinen Vorwurf machen, sondern eben nur die Sachlage constatiren wolle.

Hiemit war die Conversation zu Ende.“

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 23. Jänner.

(Schluß.)

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Wahlprüfungsausschusses, und zwar erstattet Abg. Fuz den Bericht hinsichtlich der in der Wahlgruppe 6 der Industrialorte, der Städtewahlgruppe 10, der Landgemeinden-Wahlgruppen 22 und 24, endlich der Städtewahlgruppe 2 (Landeshauptstadt Prag) in Böhmen vorgenommenen directen Reichsrathswahlen; sämmtliche Wahlen der erwähnten Gruppen werden über Antrag des Referenten als gültig anerkannt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung des § 14 der Statuten der k. k. priv. Nationalbank. Als Regierungsoverteter ist Sectionschef Moser im Hause anwesend.

Abg. Dr. Herbst erstattet den Bericht. Die Abänderung bestehe darin, daß die Beschränkung, wonach nur bis zur Höhe des vierten Theiles des Barvorrathes Gold verwendet werden kann, entfallen und jener Betrag, wonach die Summe der umlaufenden Banknoten 200 Millionen übersteigt, ohne weitere Beschränkung in Gold vorhanden sein kann.

Abg. Dr. v. Mayrhofer zeigt an der Hand statistischer Daten, welchen Aufschwung seit dem Jahre 1862 bis heute sowohl auf den Gebieten des Handels und der Industrie, wie auch der Staatseinnahmen Oesterreich genommen, und daß hiemit eine empfindliche und nicht zu rechtfertigende Concurrenz und Ueberspeculation auf dem Geldmarkte in Wechselbeziehung steht.

Es sei eben die Baluta bei uns entwerthet, und diesem großen, würdigen Ziele der Wiederherstellung der Baluta müssen Opfer gebracht werden.

Mit dem Jahre 1876 hat das Bankprivilegium zu erlöschen. Das Verhältniß der Nationalbank wird in Oesterreich durch den Umstand complicirt, als eben durch den Dualismus eine Spaltung des Reiches eingetreten ist und, wie bekannt, die verschiedensten Ansichten darüber herrschen, wie denn die Verhältnisse der Nationalbank, insbesondere in Beziehung auf die Notenemission geregelt werden sollen.

Das Gesetz wird sohin ohne weitere Debatte in zweiter und sofort über Antrag des Berichterstatters in dritter Lesung angenommen.

Es wird zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen, das ist zum Berichte des Ausschusses über die Conventlon mit Nordamerika zum gegenseitigen Schutze der Handelsmarken.

Berichterstatter Dr. Waldert referirt im Namen des Ausschusses hierüber.

Abg. Wichhoff spricht der Regierung den Dank dafür aus, daß sie in der Lage war, dem h. Hause einen zweckentsprechenden, die österreichische Industrie schützenden Vertrag mit Nordamerika zu unterbreiten. Wenn das Markenschutzgesetz für irgend ein Land eine höhere Bedeutung hat, so sei dies für die Alpenländer bezüglich der Eisen- und Stahlwaaren-Industrie der Fall.

Redner weist des weiteren nach, welchen Werth eine ähnliche Conventlon zum Schutze der Marken mit Deutschland für die österreichische Eisen-, Stahl- und Senfproduction hätte, und macht darauf aufmerksam, daß sich in diesem Sinne nicht nur verschiedene Handelskammern, sondern in der letzten Session auch der steiermärkische Landtag ausgesprochen haben. Ob dieser wichtigen Industriefrage rechtfertige es sich daher, an das

h. Handelsministerium die Bitte zu stellen, sich recht energisch mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, und deshalb ersucht Redner das h. Haus, nachfolgender Resolution beizustimmen: „Die h. Regierung wird dringend ersucht, eine Convention rücksichtlich des Markenschutzes mit dem deutschen Reiche kräftigst anzustreben.“

Se. Exc. Herr Handelsminister Dr. Vanhans: „Die Klagen, welche der Herr Abg. Wichhoff hier vorgebracht hat, sind eben nicht neu. Schon unter den früheren Regierungen nach Abschluß des Zoll- und Handelsvertrages im Jahre 1865 wurden diese Klagen laut, und es hat deshalb die österreichische Regierung bei den Verhandlungen, die aus Anlaß des Berliner Vertrages vom März 1868 gepflogen wurden, ihre Abgeordneten dahin instruiert, daß wo möglich in den Vertrag ein Passus aufgenommen werde, welcher den Marken- und Musterschutz im Sinne der österreichischen Gesetzgebung gewähren möchte.“

Trotz aller Bemühungen der Abgeordneten ist es nicht gelungen, einen ähnlichen Passus anzunehmen, aus dem Grunde, weil in Deutschland der Marken- und Musterschutz nicht besteht.

Die Regierung wird sehr gerne bereit sein, in neue Verhandlungen mit dem deutschen Reiche einzutreten, um einen ähnlichen Vertrag rücksichtlich des Marken- und Musterschutzes zu Stande zu bringen.

Es erfolgt die Abstimmung, und wird hierauf dem Ausschußantrage entsprechend der in Verhandlung stehenden Convention die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt. Zugleich wird auch die vom Abg. Wichhoff beantragte Resolution angenommen.

Im Laufe der Sitzung gab der Präsident dem h. Hause bekannt, daß zufolge einer schriftlichen Mittheilung des Ministeriums Se. k. und k. Apostolische Majestät die Adresse des Abgeordnetenhauses allergnädigst entgegenzunehmen geruhten.

Die nächste Sitzung wird für Freitag, den 26. d., 11 Uhr Vormittags festgesetzt, und zwar mit folgender Tagesordnung:

1. Die erste Lesung der Regierungsvorlagen betreffend:

- die Herstellung einer aus Obersteiermark nach Salzburg und Nord-Tirol führenden Locomotiveisenbahn;
- ein für Niederösterreich und Schlesien wirksames Gesetz über die Erwerbung von durch Wasserregulirungsbauten gewonnenem Grund und Boden;
- die Errichtung einer Hochschule für Bodencultur in Wien.

2. Berichte des Legitimationsausschusses.

3. Zweite Lesung des Gesetzes über die Pensionsfähigkeit der Gefangenenaufseher.

Die in dieser Sitzung eingebrachte Regierungsvorlage betreffend die Errichtung einer Hochschule für Bodencultur in Wien lautet:

Art. 1. Es wird eine selbständige Hochschule für Bodencultur aus Staatsmitteln in Wien errichtet.

Dieselbe umfaßt zwei unter einem gemeinsamen Rectorate stehende Sectionen, die landwirtschaftliche und die forstwirtschaftliche.

Art. 2. Der Unterricht umfaßt begründende Fächer, Hauptfächer und Hilfsfächer, und zwar in solcher Ausdehnung und Vertheilung, daß der vollständige Kurs in jeder Section drei Jahre zu dauern hat.

Die Hauptfächer, welche theils für beide Sectionen gemeinsam, theils für jede derselben gesondert vorgetragen werden, sind insbesondere:

Propädeutik und Methodologie der Land- und Forstwirtschaftslehre, Encyclopädie der Land- und Forstwirtschaft, Nationalökonomie, angewandte Chemie; landwirtschaftliche Pflanzenproduction, Thierproduction, landwirtschaftliche Betriebslehre und Domänen-Organisation, landwirtschaftliche Ingenieurkunde, landwirtschaftliche mechanische und chemische Technologie, technischer und gesetzlicher Feldschutz, Waldbau, Forstbenützung, Holzmeßkunde, Forsttragsbestimmung und Waldwerthberechnung, Forstbetriebs-Einrichtung, Forstingenieurkunde, forstliche mechanische und chemische Technologie, technischer und gesetzlicher Forstschutz.

Art. 3. Die erforderlichen Demonstrationen, insofern sie nicht in den Museen und Laboratorien erfolgen können, werden auf entsprechenden landwirtschaftlichen und forstlichen Culturobjecten erteilt.

Art. 4. Eigene Lehrkanzeln werden an der Hochschule für Bodencultur nur für die Hauptfächer, dann für jene begründenden und Hilfsfächer (Art. 2) errichtet, welche nicht an der k. k. Universität oder dem k. k. polytechnischen Institute in Wien in einer den Zwecken der Hochschule für Bodencultur entsprechenden Weise vorgetragen werden.

Art. 5. Die Professoren an der Hochschule für Bodencultur sind in Hinsicht auf Rang, Dienstverhältnisse und normalmäßige Bezüge den Professoren am k. k. polytechnischen Institute in Wien gleichgestellt.

Bei Berufungen können auch höhere als die normalmäßigen Bezüge zugestanden werden.

Art. 6. Wer als ordentlicher Hörer aufgenommen werden will, muß ein staatsgültiges Maturitätszeugniß von einem Obergymnasium oder einer Oberrealschule und überdies den Nachweis beibringen, daß er eine aus

eigener Anschauung erworbene Kenntniß von Land- und Forstwirtschaft besitzt.

Art. 7. Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung der Hochschule für Bodencultur sind einem besonderen, im Verordnungswege einvernehmlich mit dem k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht zu erlassenden Statute vorbehalten.

(Art. 8. enthält die Vollzugsverordnung.)

Die gleichfalls in der heutigen Sitzung eingebrachte Regierungsvorlage betreffend die Erwerbung von durch Wasserregulirungsbauten gewonnenem Grund und Boden lautet:

§ 1. Der durch Wasserregulirungsbauten im Bereiche derselben gewonnene Grund und Boden fällt in Oesterreich unter der Enns und in Schlesien auf Grund dieses Gesetzes denjenigen zu, welche die Kosten der Unternehmung tragen.

§ 2. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes werden die Minister für Ackerbau, Justiz, Inneres und Handel beauftragt.

In der am 22. d. M. Abends stattgefundenen Sitzung des Clubs der Verfassungspartei wurde vom Abg. Dr. Pickert der Antrag gestellt: es möge im Club die Frage des galizischen Ausgleiches zum Gegenstande der Besprechung und Erörterung gemacht und zu diesem Behufe eine besondere Clubszitzung einberufen werden.

Nach einer längeren, sehr lebhaften Debatte erklärte der Obmann des Clubs, Dr. Berger, daß er, sich streng an die Bestimmungen der Statuten haltend, sobald die nach den Clubregeln bestimmte Anzahl von 10 Mitgliedern die Einberufung einer Clubszitzung zum oben angeführten Zwecke unterstütze, dieselbe auch einberufen werde.

Nach der hierauf erfolgten Abstimmung entschied sich die Majorität für eine solche Clubszitzung, die auf den 23. d. M. Abends anberaumt wurde. Diese soll, wie die „N. C.“ vernimmt, in einer Discussion und einem Austausch der Anschauungen und Meinungen der einzelnen Clubmitglieder betreffend die galizische Resolution bestehen, und es dürfte sich der Natur der Sache nach der Inhalt einer weiteren Veröffentlichung entziehen.

Politische Uebersicht.

Leibach, 25. Jänner.

„Pesti Naplo“ läßt sich telegraphisch aus Wien melden: „Samstag Abends kam zwischen den Vertretern des Küstenlandes und dem Ministerium ein Uebereinkommen zu Stande, welchem zufolge die Betreffenden für das Nothwahrsgesetz und die unmittelbaren Wahlen als Gegenleistung für die ihnen zu gewährenden administrativen Zugeständnisse stimmen werden. — Graf Andrassy gab den polnischen Delegirten zu wissen, daß er wegen der Ungebürlichkeit ihrer Forderungen ihre Angelegenheit nicht unterstützen könne.“

In ruthenischen Kreisen circulirt eine Petition an den Reichsrath, die galizische Resolution zu verwerfen oder wenigstens auf die hiedurch geschädigten Ruthenen Rücksicht zu nehmen. Die Petition ist mit Unterschriften aus allen Theilen des Landes bedeckt und soll bereits an den Deputirten Janowski abgesendet worden sein.

Se. Excellenz der k. ung. Handelsminister Szlavay läßt zum beabsichtigten Abschluß eines Handelsvertrages mit den Donau-Fürstenthümern die nothwendigen Borarbeiten machen. Im Hinblick darauf, daß die würdigenwerthen und motivirten Wünsche der Verkehrswelt bei einem Vertragsabschluß wie der beabsichtigte zur Geltung gebracht werden können, wurde die Reonsstädter Handelskammer aufgefordert, Sr. Excellenz die Ansichten und Wünsche der Kammer entsprechend motivirt ehestens vorzulegen.

Durch eine vom 22. d. datirte Cabinetsordre an das preußische Staatsministerium wurde der geheime Oberjustizrath Falk zum Minister des Unterrichts und der geistlichen Ministerialangelegenheiten ernannt. Fürst Bismarck hat bereits beiden Landtagshäusern Abschriften dieser Cabinetsordre zugehen lassen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet, daß Bismarck entschlossen ist, auch den Conservativen mit Entschlossenheit und Ernst entgegenzutreten, falls sich dieselben verleiten ließen, aus ihren fortwährenden unheimlichen Klagen über den angeblichen Abfall der deutschen Regierung von den conservativen Principien zu wirklichen Störungen und Behinderungen seiner Politik überzugehen. Es wird da, so weit es die officiöse Reserve überhaupt zuläßt, den Conservativen sehr deutlich gesagt, daß sie sich in ihrer politischen Kurzsichtigkeit und Beschränktheit zum größten Theil schon überlebt haben, und daß, wenn sie überhaupt als Partei noch fortexistiren und Einfluß und Bedeutung haben wollen, dies nur möglich ist, so lange sie die Regierungspolitik unterstützen helfen und derselben folgen. Besonders scharf wird ihnen vorgehalten, daß sie eigentlich gar nicht den Namen Conservative verdienen, sondern daß die meisten von ihnen nur starre und unfruchtbare Reactionäre seien, die seit 1848 nichts gelernt und nichts vergessen haben und unfähig, das Bestehende zu conserviren, es vielmehr unter den

geänderten Umständen aufs Spiel setzen und gefährden. Kategorisch wird ihnen daher die Alternative gestellt, entweder sich zu fügen und zu bescheiden oder zu gewärtigen, daß die Politik der Regierung über sie hinweg ihren Gang nehme.

Der vielfach mißge deutete Umstand, daß Graf Arnim sein Abberufungsschreiben als Gesandter am päpstlichen Hofe in Rom nicht persönlich überreicht hat, findet seine Erklärung in der Mittheilung, daß Cardinal Antonelli im Auftrage des Papstes nach Berlin geschrieben und den Gesandten von dieser diplomatischen Formlichkeit entbunden hatte.

Der Paps empfang am 23. d. M. in feierlicher Weise den Großfürsten Michael und die Großfürstinnen Olga und Marie. Dieselben besuchten sodann den Cardinal Antonelli.

Der „Pester Lloyd“ bespricht an leitender Stelle die gegenwärtige nicht ganz erfreuliche Situation in Frankreich und schließt seine Betrachtungen, wie folgt: „Das Trostlose der französischen Verhältnisse liegt eben darin, daß sich die Gegensätze in Staat und Gesellschaft in unversöhnlicher Ausschließlichkeit gegenüberstellen. Inmitten dieser bedrohlichen Klippen ist es Thiers, der am fähigsten ist, zu laßiren, vorsichtig durchzuschlüpfen zwischen mannigfachen Gefahren. Ohne Thiers würden die feindlichen Elemente der Parteigebilde sofort an einander plagen. Dieser gewaltsame Ausbruch ist vorderhand vertagt, da Thiers fortfährt zu zeichnen „Präsident der französischen Republik.“ Wie nahe aber ein solcher zerstörender Ausbruch ist, das ist nun wieder durch das Wetterleuchten der letzten kritischen Ereignisse in grelles Licht gesetzt worden.“

Es verlautet, zur Verhütung der Rückkehr einer Krisis, wie sie durch den Rücktritt Thiers' drohte, den Vorschlag auf Ernennung eines Vice-Präsidenten der französischen Republik einzubringen. Grévy hätte für diesen Posten die meisten Chancen.

Der Ständerath in Bern hat bei Berathung über die Revision der Bundesverfassung für die Aufhebung der Spielbanken eine fünfjährige Frist vom Tage der Annahme der Verfassung angesetzt.

Ueber das Verhältniß zwischen Rußen und Polen meldet die „Schl. Ztg.“ folgendes: „Das Project eines polnisch-russischen Bündnisses, so sehr es auch mit dem sprichwörtlich gewordenen Nationalhasse der Polen gegen die Russen im Widerspruch zu stehen scheint, wird dennoch gerade von den hervorragendsten polnischen Parteiorganen mit besonderer Vorliebe gehegt und gepflegt. Die polnischen Anhänger dieses Projectes wünschen nur, daß Rußland das seit dem Jahre 1863 gegen die Polen mit eiserner Consequenz in Anwendung gebrachte Ausrottungs-System aufhebe und ihnen die Hand zu Versöhnung reiche, und sie sind unter dieser Bedingung sofort bereit, in die dargebotene Hand einzuschlagen und Rußland bei der Ausführung seiner vermeintlichen slavischen Mission als treue Bundesgenossen zur Seite zu stehen.“

Der „Golos“ bespricht die politische Lage Europa's vom russischen Gesichtspunkte. Das Blatt kann jene Passivität nicht loben, welche Rußland seit dem orientalischen Kriege gegen die wichtigsten europäischen Ereignisse an den Tag legt. Nachdem das Blatt vom „Panславismus“ und „Bangermanismus“ und den Räuberereien des letzteren gesprochen, und von den Ereignissen, die dieselben noch im Gefolge haben könnten, sagt, daß sie noch im „Schoße der Zeiten ruhen“, ruft es zum Schlusse nicht ganz ohne Pathos: „Die österreichischen Ereignisse werden von der öffentlichen Meinung Rußlands mit Aufmerksamkeit verfolgt, denn die österreichische Krise wickelt sich gerade in unserer Nähe ab, berührt durch Galizien unmittelbar die russische Nation und könnte im Osten leicht eine Reaction hervorbringen.“ — Die russische Regierung steht auf dem Punkte, mit den vornehmsten Staaten Postconventionen abzuschließen; der Postverkehr, der in dieser Richtung bisher durch die deutsche Postverwaltung vermittelt wurde, soll an Verwohseilung und Beschleunigung hiedurch gewinnen. Der Director des russischen Postdepartements, Baron von Jelho, tritt zu Beschleunigung des Abschlusses der Conventionen eine Rundreise ins Ausland an.

Der Generalgouverneur von Albanien erhielt Befehl vom Großvezier, persönlich nach Cetinje zu gehen und sich mit dem Fürsten von Montenegro wegen der obwaltenden Schwierigkeiten zu verständigen.

In Madrid hat der Minister des Innern ein Circular an die Provinzgouverneure erlassen, in welchem diese angewiesen werden, bei aller durch das Gesetz vorgeschriebenen Beachtung der Freiheit des Individuums doch auch aufs strengste gegen jede Verletzung der bestehenden Gesetze vorzugehen. Namentlich soll in dieser Richtung die „Internationale“ im Auge gehalten werden, weil die Regierung in ihr eine communisistische Secte, eine wirkliche sociale Verschwörung gegen alles Bestehende erblickt; die „Internationale“ wolle mittelst des Associationsrechtes zu einer chimärischen Gleichheit und einer Organisation gelangen, die zum allgemeinen Umsturz führen würde. Das Rundschreiben erinnert, indem es die „Internationale“ noch weiter zum Gegenstand der Erörterung macht, an eine in den Cortes stattgehabte Discussion und erklärt, daß die Regierung auf

diesem Gebiete unbedingt die Ansichten des Cabinets Malcampo acceptire, welches die „Internationale“ im Sinne des Strafgesetzbuches als außerhalb der Verfassung stehend betrachtete. Demnach sollen auch andere Vereine, denen unter normalen Verhältnissen der gesetzliche Schutz geleistet werden müsse, suspendirt und zur Verantwortung gezogen werden, sobald sich herausstelle, daß sie der „Internationale“ affiliirt seien. Von den Striktes bemerkt das Rundschreiben, daß sie zu dulden seien, insofern sich die Strikenden der Drohungen, Einschüchterungen und jedes gewaltthätigen Vorgehens enthalten.

Den portugiesischen Kammern sind Gesetzentwürfe tief eingreifender Natur vorgelegt worden; dem Vernehmen nach ginge die Regierung mit der Absicht um, die erbliche Pairie abzuschaffen und nur die lebenslänglichen, vom Könige vorgenommenen Ernennungen beizubehalten; die Minister sollen verantwortlich gemacht, gewisse Beschränkungen der Presse aufgehoben, der Kammer das unbeschränkte Rekruten- und Steuerbewilligungsrecht eingeräumt, das Vereinsrecht sehr erweitert und das active Wahlrecht allen Familienhäuptern, die lesen und schreiben können, eingeräumt werden.

Die Repräsentantenkammer in Washington hat die Resolution betreffs Abänderung der Verfassung in der Richtung, daß naturalisirte Bürger die Wählbarkeit für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten genießen sollen, verworfen.

Der Aufstand, der im Herbst vorigen Jahres in Mexico gegen Suarez ausgebrochen war, scheint vorläufig wenigstens an einem Punkte niedergeworfen zu sein, indem gemeldet wird, daß Dajaca, der Hauptplatz der Rebellen, von den Regierungstruppen eingenommen worden, und daß der General Porfirio Diaz, der daselbst an der Spitze der Erhebung gestanden, geflohen sei. Doch wäre hiemit, auch wenn dieser Erfolg sich bestätigen sollte, nur ein Theil der Revolution bezwungen.

Weltausstellung 1873.

Die bekanntlich dem Zimmermeister Dier übertragenen Pilotirungsarbeiten schreiten rasch vorwärts. Am 19. d. M. wurden 16 Schlagwerke in Thätigkeit gesetzt, mit deren Hilfe an diesem Tage 224 Stück Piloten eingerammt wurden. Außer diesen und den bereits ausgeschriebenen Zimmermannsarbeiten für den Industrie- und Maschinenpalast werden in nächster Zeit die Arbeiten für das Kunstausstellungsgebäude, das Commissionshaus, das Post-, Telegraphen- und Zollamt, den Pavillon der Jury etc., ferner für die Einfriedung zur Offertauschreibung gelangen.

Die verschiedenen Abtheilungen der kais. Ausstellungskommission entwickelten in der vergangenen Woche eine erhöhte Thätigkeit, die sich theils in den Plenarsitzungen der einzelnen Sectionen, theils in deren Subcomité's entfaltete. Die Abtheilung für Land- und Forstwirtschaft, Wein und Gartenbau hielt am 19. d. unter dem Vorsitze Sr. Durchlaucht des Fürsten Johann Adolph zu Schwarzenberg die dritte Plenarsitzung ab. Das von einem Subcomité ausgearbeitete Programm für die Ausstellung des Gartenbaues wurde angenommen, und kamen hierbei noch die Wünsche zum Ausdruck, daß das Plaggeld sowohl für die im Freien als auch im gedeckten Raume auszustellenden Objecte möglichst niedrig bemessen werden möchte, und daß ein einfaches Glashaus ohne Holzvorrichtung auf Kosten des Weltausstellungsfonds erbaut werde. Der Antrag, die Ausstellung der Land- und Forstwirtschaft schädlichen Pflanzen, so wie die der Mittel zur Vertilgung derselben als Programmgegenstand aufzunehmen, fand einhellige Zustimmung. Die Abtheilung für „die Kunst der Gegenwart“, welcher die Herren Graf Follot de Erenneville, Ed. Engerth, Ritter v. Ferstel, Friedländer, Hafenaner, Hofrath von Heider, Lausberger, Lichtenfels und Schmidt angehören, hat Se. Excellenz den Grafen Erenneville einstimmig zu ihrem Präsidenten, Herrn Engerth zum Vicepräsidenten gewählt. Als Referent fungirt Herr Friedländer. Die bisherigen Sitzungen dieser Abtheilung befaßten sich mit der Discussion des Specialprogrammes für die Ausstellung der „bildenden Kunst der Gegenwart.“ Bezüglich der Wahl der Jury für die Medaillen-Concoursauschreibung von Seite der Akademie der bildenden Künste und des Museums für Kunst und Industrie wurden die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. — Die Genossenschaft der bildenden Künstler hat die Wahl von drei Jury-Mitgliedern für den Medaillen-Concours, welche auf die Herren Griepenther, Kundmann und Malnigki gefallen ist, so wie die Wahl des aus 15 Mitgliedern bestehenden Comité für die Weltausstellung vollzogen. — Die Abtheilung für „Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungswesen“ hat schon in ihrer Eröffnungssitzung ein Subcomité zur Berathung eines Specialprogrammes für das Erziehungs-, Unterrichts- und Bildungswesen eingesetzt. Dieses Subcomité hat nun nach viermaligen Zusammenkünften ein solches Programm nach einem vom Herrn Ministerialrath Dr. Ad. Ficker vorgelegten Entwurfe festgestellt und in Druck legen lassen.

Die Vertretung der Wiener Drechslergenossenschaft hat in ihrer letzten Sitzung ein Comité niedergesetzt,

um die nöthigen Einleitungen für die Bethheiligung an der Ausstellung zu treffen. Die Genossenschaft, die jedoch in dieser Beziehung nur als Vermittlerin fungiren will, beabsichtigt eine Collectivausstellung der Genossenschaftsmitglieder, durch welche unter Geltendmachung der einzelnen Aussteller die Erzeugnisse des Wiener Drechslergewerbes mit allen seinen Zweigen in einem harmonisch ausgestatteten Gesamtbilde zur Darstellung gelangen sollen. Eine Deputation der Genossenschaft, welche sich deshalb an den Generaldirector der Ausstellung gewendet hat, ist von diesem in eingehender Weise zur Ausführung ihres Vorhabens aufgemuntert worden.

Für die Beschickung der Weltausstellung sind von Seite der königl. württembergischen Regierung 30.000 fl. ausgesetzt worden. Dieser Betrag ist, da die Ausstellungskosten von den einzelnen Ausstellern zu tragen sind, lediglich bestimmt, die Kosten der Vorbereitungen und die Auslagen für die Commission und ein zu bestellendes Auskunfts-bureau zu decken. Die Leitung der Bethheiligung Württembergs an der Ausstellung ist in die bewährten Hände des rühmlichst bekannten, im Ausstellungsfache hervorragenden Nationalökonom, Sr. Exc. des Herrn Dr. v. Steinbeis, Präsidenten der königl. Centralstelle für Handel und Gewerbe gelegt. — Einer aus Brüssel zugegangenen Meldung zufolge hat sich die belgische Ausstellungskommission in ihrer am 18. Jänner abgehaltenen Sitzung constituirt und Herrn J. Rint de Roodenbeek zu ihrem Präsidenten gewählt. Derselbe wird sich, einem Beschlusse der Commission gemäß, fortan in Betreff der auf die Ausstellung bezüglichen Fragen in directen Verkehr mit dem Generaldirector der Ausstellung setzen.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind am 24. d. nach Salzburg abgereist, von wo Allerhöchstdieselben nach kurzem Aufenthalte die Reise nach Meran fortsetzen werden.

— (Die Dankesfeier für die Wiederherstellung des Prinzen von Wales,) welche kurz nach dem 20. Februar stattfindet, soll so großartig wie möglich gemacht werden. Die Königin nebst der ganzen königlichen Familie nimmt Theil und für die Parlamentsmitglieder so wie für Municipaldeputationen aus dem ganzen Lande werden amphitheatralische Sitze errichtet.

— (Bahnsunfall.) Vorgestern ist der um 8 Uhr eine Minute Abends nach Wien kommende Localzug vor der Station Hengendorf von dem nachkommenden Lastzuge eingeholt worden; durch das Auffahren wurde ein Wagen aus dem Geleise gehoben und vier Wagen unbedeutend beschädigt. Eine Verletzung von Personen fand nicht statt und konnte der Localzug nach Zurücklassung der beschädigten Wagen seine Fahrt sogleich fortsetzen.

— (Kaiser Franz-Joseph-Bahn.) Die Flügelbahn Absdorf-Krems der Kaiser-Franz-Joseph-Bahn mit den Stationen Absdorf, Hirschberg, Hadersdorf und Krems so wie den Haltstellen Wagram und Geadersdorf wurde dem öffentlichen Verkehre übergeben.

— (Ladislav Viro, Bischof von Szatmar) ist am 21. Jänner, um 12 Uhr Mittags, im Alter von 66 Jahren gestorben. Der Verstorbene war Doctor der Theologie und Ritter des Ordens der eisernen Krone. In dem Nekrolog, den „M. Allam“ ihm widmet, wird er „eine Zierde des ungarischen Episcopats, ein hochpatriotischer Priester, ein thätiges und allgemein verehrtes Mitglied des Oberhauses, ein hochgebildeter Freund der Wissenschaft und der Literatur“ genannt.

— (Drohende Hungersnoth in Croatien und Slavonien.) Ein in Agram constituirtes Centralcomité hat von der Regierung die Bewilligung erhalten, für die an Nahrungsmangel Leidenden in Croatien und Slavonien mildthätige Beiträge zu sammeln.

— (Schadenseuer.) Am 12. d. M. ist in dem Sr. Exc. dem Baron Rauch gehörenden Schlosse Soluborac nächst Stubica durch Unvorsichtigkeit Feuer ausgebrochen, welches den Dachstuhl in Asche legte.

— (Ein großer Brand) ist am 22. d. Nachmittags nach einem Telegramm der „N. Fr. Pr.“, in Florenz im ärmsten Stadtviertel ausgebrochen, hat 200 bis 300 meist aus Holz bestehende Häuser verzehrt und 600 bis 800 Familien obdachlos gemacht.

— (Großer Werthpapier-Diebstahl.) In Brüssel wurden in verflossener Woche von einer Verlassenschaft herrührende Werthpapiere von mehr als 200.000 Francs von unbekanntem Thäter entwendet.

— (Zerstreutheit.) A. J., Arzt in R., bleibt inmitten seines Spazierganges vor einem Teich stehen und wartet dort so lange, bis endlich ein qualender Frosch sich zeigt, den er glücklich herausfischt. Was will er mit ihm? Er will die Schnelligkeit seiner Blutcirculation untersuchen. Zu diesem Behuf nimmt er in die rechte Hand den Frosch, in die linke seinen Chronometer und zählt aufmerksam die Pulsschläge. Dann, nachdem das Experiment gemacht ist, steckt er den Frosch in die Tasche und wirft die Uhr in den Teich zurück und setzt seinen Spaziergang fort. Erst zu Hause bemerkt er den fatalen Irrthum.

Aus dem Gerichtssaale.

(Schlußverhandlung gegen Dr. Valentin Preuz.) Im Verlaufe der Verhandlung bezüglich des ersten Factums wird dem Dr. Preuz die der Anna Stull gelegte Rechnung vorgewiesen, in welcher einige Posten von Dr. Preuz' eigener Hand hineingeschrieben und bei der gezogenen Summe berücksichtigt erscheinen und wornach es augenscheinlich ist, daß er diese Rechnung genau revidirt und gutgeheißen haben mußte.

Dr. Preuz beharrt dabei, er habe die Rechnung nur flüchtig überblickt und höchstens die Ziffern angesehen. Die in diese Rechnung eingesetzten, auf den Lebensunterhalt der Anna Stull superintabulirte und im Cessionwege auf Karl Dollar überkommene Forderung der Anna Petric müsse ebenfalls ohne sein Wissen eingeschmuggelt worden sein.

Der hierauf einvernommene Mitbeschuldigte Karl Dollar, gewesener Sollicitator bei Dr. Preuz, erklärt den Umstand, daß die genannte Forderung statt in einem Betrage von 8 fl. 91/2 kr., im Betrage von 18 fl. 25 kr. in die der Anna Stull gemachte Rechnung eingesetzt wurde, dahin, daß er einen der Agnes Stubler bar dargeliehenen Betrag per 5 fl. und die Kosten einer gegen sie geführten Mobilien-Execution eingerechnet habe.

Die Stull scheint ihm geisteschwach gewesen zu sein, da sie sich häufig selbst widersprochen habe.

Der schon vorgerufene Zeuge Anton R. bestätigt ebenfalls, daß die ihm genau bekannte Anna Stull schwachen Geistes gewesen sei, daß sie sich bitter beklagt habe, vom Angeklagten nicht vollständig bezahlt worden zu sein und keine richtige Rechnung erhalten zu haben.

Zeuge Johann K., ebenfalls gewesener Sollicitator beim Angeklagten, gibt an, er habe auf Geheiß des Dr. Preuz die fragliche Rechnung zusammengestellt, sie der Anna Stull genau vorgehalten und sie habe dieselbe genehmigt.

Weiters bemerkt Zeuge, daß er das volle Vertrauen des Dr. Preuz genossen und oft nur nach dessen ganz allgemeinen Angaben die Expensen berechnet habe.

Nach Einvernehmung des Zeugen Franz L., der als Diurnist in der Kanzlei des Dr. Preuz durch 6 Jahre beschäftigt war und nur zu bestätigen vermochte, daß Preuz kein besonderes Expensenbuch, sondern nur sogenannte fliegende Rechnungen führte, und nach Vorlesung der über den Geisteszustand der Anna Stull gepflogenen Erhebungen und der mit ihr aufgenommenen Protokolle, wird die Verhandlung bezüglich dieses Factums geschlossen.

Hernach wird vom Vorsitzenden das V. Factum, Betrug zum Nachtheile des Josef Rados, zur Besprechung gebracht.

Der Angeklagte gibt in dieser Richtung zu, daß er von Rados zu einer gegen die Eisenbahnverwaltung in Verona anzustreitenden Klage bevollmächtigt worden sei und diese Klage auch in der That eingereicht habe; sodann habe er den Dr. Viktor Scaetta in Verona substituirt, welcher ihm angerathen habe, einen Vergleich zu schließen, er sei darauf eingegangen und habe für Rados ein Schmerzensgeld von 250 fl. und an Verdienstentgang per Tag 40 kr. begehrt. Eines Tages nun, als er den Amtstag in Wölling hatte, sei Rados zu ihm gekommen und habe ihn gebeten, ihm den anzuhoffenden Entschädigungsbetrag um 80 fl. abzulaufen. Er, Preuz, habe darauf nicht eingehen wollen, habe aber doch über dringende Bitten des Rados, welchem es darum zu thun war, gleich Geld zu bekommen, eingewilligt, den Betrag im Namen seiner Frau abzuschließen und dessen Gültigkeit von ihrer Genehmigung abhängig gemacht. Er habe auch dem Rados vorgehalten, daß er möglicherweise sogar 500 fl. bekommen könne, doch dieser habe ihm geantwortet, es werde ihn freuen, wenn seine Frau einen Gewinn machen würde.

Vorgelesen werden die in dieser Angelegenheit zwischen Dr. Scaetta und Dr. Preuz gewechselten Briefe, nach welchen diesem bekannt sein mußte, daß Rados 500 fl. in Silber bekommen werde.

Zeuge Johann S., welchen der Angeklagte in einer ganz ähnlichen Rechtsache vertrat, da auch er beim Eisenbahnunfälle bei Verona verunglückte, gibt an, daß ihm Preuz einen Brief von Scaetta vorgelesen habe, worin ihm nur eine Entschädigungssumme von 150—200 fl. in Aussicht gestellt wurde. Da ihn Preuz den Brief nicht selbst lesen lassen wollte, schöpfte Zeuge Verdacht, entriß den Brief dem Dr. Preuz und fand, daß Dr. Scaetta in der That von einer Summe von 500 fl. in Silber geschrieben habe. Bei dieser Gelegenheit sei Dr. Preuz heftig geworden und habe ihn beschimpft.

Hiemit endete der erste und zweite Verhandlungstag. (Fortsetzung folgt.)

Locales.

Aus dem Beamtenvereine.

In der am verflossenen Sonntag stattgefundenen Sitzung des hiesigen Localausschusses des Beamtenvereines, welcher Se. Durchlaucht der Herr k. l. erste Regierungsrath Fürst Lothar Metternich präsidirte, wurden Gegenstände von allgemeinem Interesse verhandelt.

1. Die Wiener Centralleitung des Vereines, welcher gegenwärtig circa 30.000 Mitglieder zählt, hatte den Herrn Bosniakowski hieher abgeordnet, um in Betreff der Bedürfnisse der Versicherungsabtheilung Vorsehrungen zu treffen und überhaupt sich über die Lage, die Wünsche und Bedürfnisse der kranter Filiale zu informieren.

Der Herr Präses stellte Herrn Wosniakowski den Mitgliedern des Localausschusses vor und eröffnete die Verhandlung über den Gegenstand seiner Mission.

2. Hierauf ergriff Herr Finanzcommissär Dimiz das Wort, um den Wunsch nach einer, den Provinzmitgliedern mehr zu Gute kommenden und alle Interessen des Beamtenvereines fördernden Thätigkeit der Centralleitung auszusprechen.

Der Redner wies auf die hervorragende Wichtigkeit des gegenwärtigen Momentes hin, wo die Beamtenfrage erst durch ein hochherziges Wort vom Throne in Fluß gebracht, in allen ihren Richtungen zur Entscheidung gedrängt und ein zeitgerechtes, thatkräftiges Eingreifen der Centralleitung, als der legitimen Vertretung der Beamtenwelt, erfordert.

Se. Durchlaucht hob unter allgemeinem Beifalle hervor, daß sich nicht allein darum handle, die materiellen, sondern auch die moralischen Interessen der Beamten, ihre Stellung und Bedeutung im Staate, dessen treueste Glieder und Anhänger sie stets waren, zu heben, ihnen Vertreter ihrer Interessen auch im Reichsparlament, wo sie deren schmerzlich entbehren, zu verschaffen und ihnen so die Möglichkeit zu einer durchgreifenden Besserung ihres Loses zu bieten.

Redner constatirte den Eifer der Centralleitung und bemerkte, daß wohl nicht alle diesfälligen Schritte und Bemühungen derselben die allgemeine Publicität erlangt haben dürften; so erwähnte er die Vorlage einer Dienstreue, die neuesten Schritte zur Abhaltung eines Beamtentages in Wien, die Absendung einer Deputation unter der Führerschaft des für das Wohl der Beamtenwelt mit Aufopferung thätigen Präses Ritter von Fellmann an das hohe Ministerpräsidium.

(Den hiesigen Beamtenkreisen) theilen wir die in den Wiener Blättern enthaltene Nachricht mit, daß Se. Majestät der Kaiser am 22. d. die Deputation des Verwaltungsrathes des Beamtenvereines zu empfangen geruhten, welche die bekannte Denkschrift wegen Verbesserung der Beamtenlage unterbreitete.

(Laibacher Gewerbebank.) In den Monaten October, November und December 1871 sind bei der Laibacher-Gewerbebank 22 Gesuche, theils um neue, theils um Erhöhung bestehender Credite, im Gesammtbetrage per 16.550 fl. eingereicht worden.

Börsenbericht.

Wien, 24. Jänner. Die Börse erholte sich von ihrem gestrigen Schreden und zeigte sowohl für Speculationspapiere als für Anlagewerthe feste Haltung und regte Kauflust.

Table with columns: Allgemeine Staatsschuld, Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pCt., Silber, Lose v. J. 1839, Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. u. B. in Silber, Grundentlastungs-Obligationsen, Andere öffentliche Anleihen.

Table with columns: Wiener Communalanlehen, Actien von Bankinstituten, Actien von Transportunternehmungen.

Table with columns: Franz-Josephs-Bahn, Lombard-Gen.-u. Saffner-Bahn, Oesterr. Nordwestbahn, Rudolfsh-Bahn, Siebenbürger Bahn, Staatsbahn, Südbahn, Nordb.-Verbind. Bahn, Theiß-Bahn, Ungarische Nordostbahn, Ungarische Ostbahn, Tramway, Pfandbriefe (für 100 fl.), Bod.-Credit-Anstalt, Nationalb. zu 5 pCt. u. B., Ung. Bod.-Cred.-Anst. zu 5 1/2 pCt.

Table with columns: Wechsel (3 Mon.), Wechsel (3 Mon.) Geld Waare, Cours der Geldsorten, R. Münz-Ducaten, Napoleonsd'or, Preuss. Cassenscheine, Silber, Krainische Grundentlastungs-Obligationsen.

December 141 Stück im Betrage per 100.623 fl. 1 kr., zusammen 372 Stück im Betrage per 249.224 fl. 26 kr. Im Portefeuille verblieben 413 Stück im Betrage per 256.602 fl. 88 kr.; der Kassenverehr erreichte die Höhe von 771.982 fl. 41 kr.

(Zum Typographenkränzchen.) Alle Vorbereitungen sind getroffen, damit sich das morgen stattfindende „Typographen-Kränzchen“ zu einer recht animirten Unterhaltung gestalte.

(Zur Faschingschronik.) Unter dem Titel: „An der grünen Laibach,“ hat der alte und kranke Musiker Herr Kaspar Maschel eine Partie Walzer eigener Composition für das Pianoforte erscheinen lassen.

(Aus dem Amtsblatte.) Am Rudolfs-werther Obergymnasium sind zwei Lehrstellen zu besetzen. — Rundmachung namentlich an Besitzer von Pfandbriefen der „sächsischen Hypothekbank zu Leipzig“.

(Theater.) Auch die gestrige dritte Aufführung der Prinzessin von Trapezunt füllte das Haus in allen Räumen. Die Vorstellung war den vorausgegangenen in jeder Beziehung ebenbürtig und wiederholter Beifall und Hervorrufe zeichneten die hervorragenden Darsteller aus.

(Veränderungen im Advocatenstande.) Dr. Julius Ritter v. Plazer und Dr. Theodor Bayr sind als Advocaten mit dem Wohnsitz in Graz in die Advocatenliste für Steiermark eingetragen worden.

(Hausmittel zum Aufpoliren alter Möbel.) Nimm ein halbes Liter Feinöl, 2 Loth arabischen Gummi, 2 Drachmen Alcanarwurzel und 4 Loth Schellackfirniß, mische alles in einer starken Glasflasche, laß es eine Woche lang an einem warmen Ort stehen.

Gingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Seitdem Seine Heiligkeit der Paps durch den Gebrauch der delicates Revalesciere du Barry gütlich wieder hergestellt und viele Aerzte und Hospitaler die Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilmahrung bezweifeln und führen wir folgende Krankheiten an, die sie ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Gulten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasser sucht, Fieber, Schwindel, Blut-aufsteigen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht.

Certificat Nr. 71814. Croasne, Seine und Dife, Frankfurt, 24. März 1868. Herr Richy, Steuereinnnehmer, lag an der Schwindel such auf dem Sterbebette und hatte bereits die letzten Sacramente genommen, weil die ersten Aerzte ihm nur noch wenige Tage Leben versprochen.

Ihrer Revalesciere genossen habe, so füge ich gerne diesem Zeugnisse meinen Namen bei.

Schwester St. Lambert.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Bleibbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolatée in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36.

Neueste Post.

Wien, 25. Jänner. Das Leichenbegängniß Grillparzer's fand gestern Nachmittags in feierlichster Weise statt. Die höchsten Stände so wie eine große Volksmenge betheiligten sich an demselben.

Agram, 24. Jänner. Die Landtagswahlen werden zu Beginn des Februar ausgeschrieben werden. Am 8. Februar findet die General-Congregation des Agramer Comitats statt.

Paris, 23. Jänner. Das Kriegsgericht hat im Proceffe wegen der Ermordung der Geiseln Denton zum Tode und die meisten Angeklagten zu verschiedenen Strafen verurtheilt; 5 Angeklagte wurden freigesprochen, darunter Pigerre.

Madrid, 23. Jänner. Ministerpräsident Sagasta erstattete dem Könige Bericht über die Vorgänge in der gestrigen Cortes-Sitzung und stellte ihm die Alternative der Auflösung der Cortes oder eines Ministerwechsels vor. Der König beschloß, den Präsidenten des Senats, den Vicepräsidenten des Congresses, Herrera, Serrano und Borilla zu Rathe zu ziehen.

Constantinopel, 23. Jänner. Der österreichische Gesandte Graf Ludoff wird Donnerstag hier erwartet.

Telegraphischer Wechselcours

vom 25. Jänner. Spec. Metalliques 62.80. — Spec. Metalliques mit Rai- und November-Zinsen 62.80. — Spec. National-Anlehen 72.70. — 1860er Staats-Anlehen 107. — Bank-Actien 84. — Credit-Actien 347.80. — London 115.20. — Silber 113.85. — R. t. Münz-Ducaten 5.48. — Napoleonsd'or 9.16 1/2.

Angekommene Fremde.

Am 24. Jänner. Stadt Wien. Wente, Frankfurt a. M. — Morgenstern, Wien. — Ridenberger und Tuschel Albert, Kaufleute, Wien. — Holzmeister, Kaufm., Graz. — Fürst, Kaufm., Bilsch. — Bogacnic, Oberkain. — Heimann, Kaufm., München. Elefant. Hoppe und Silberberg, Kaufleute, Berlin. — Batorick, Krenis. — Sachs und Koch, Kaufleute, Pest. — Koschnit, Treffen. — Montoi, St. Peter. — Matog, Handelsm., Graz. — Simon, Hopfenhändler, Sängenberg. — Sporn, Militärgesellschaft, Steiermark. Mohren. Grünburg, Feldes. — Stern, Handelsm., Görz. — Bahn Katharina, Realitätenbesitzerin, Lilla.

Theater.

Den 25. zum vierten male: Die Prinzessin von Trapezunt. Komische Oper in 3 Acten von Hopp. Musik von Offenbach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anhalt der Himmel, Niederschlag in Millimetern.

Anhaltender Nebel, abwechselnd starke Glisse Das Tagesmittel der Temperatur + 4.3°, um 6.1° über dem Normale. Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Large table with multiple columns: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Actien von Bankinstituten, C. Andere öffentliche Anleihen, D. Actien von Transportunternehmungen, E. Actien von Bankinstituten, F. Pfandbriefe, G. Prioritätsobligationen, Wechsel, Cours der Geldsorten.